

Als Wissenschaftler der Wahrheit verpflichtet

Interview mit WOLFGANG DÄUBLER, Professor an der Universität Bremen

LVZ: Sie sind Professor für Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen. Was motiviert einen Juristen, an einem Symposium über den Frieden teilzunehmen?

Prof. DÄUBLER: Als Wissenschaftler hat man besondere Verantwortung und besondere Möglichkeiten, sich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen, als Jurist möchte ich vor allem auf jene Probleme hinweisen, die weiße Flecke auf der Landkarte unserer Medien sind. Allenthalben spricht man in meinem Land beispielsweise von den Unfallgefahren bei Kernkraftwerken; über die Gefahren bei Atomwaffen und chemischen Kampfstoffen hört man in Presse, Rundfunk und Fernsehen kaum etwas. Ich meine, solche „Ausblendungen“ sind nicht zufällig.

LVZ: Sie haben im vergangenen Jahr eine Studie vorgelegt, mit der Sie der Friedensbewegung in Ihrem Land wie juristische Argumente in die Hand gegeben haben, indem Sie die Grundgesetzwidrigkeit der geplanten Raketenstationierung in der BRD nachwiesen. Worauf stützt sich Ihre Argumentation?

Prof. DÄUBLER: Das Grundgesetz der Bundesrepublik wird meines Erachtens in vier wichtigen Punkten verletzt. Betroffen ist einmal die Souveränität, die nach Artikel 20 dem Volk zusteht. Werden die Raketen stationiert, so entscheidet in letzter Instanz allein der US-Präsident über ihren Einsatz. Leben und Tod des deutschen Volkes hängen dann von seinem Knopfdruck ab. Zweitens ist die Stationierung nicht ordnungsgemäß von den zuständigen gesetzgebenden Organen beschlossen worden. Die globale Zustimmung des Bundestages reicht nicht aus. Drittens wird das elementare Grundrecht der Bevölkerung auf Leben und Gesundheit mißachtet. Dieses verlangt, daß bei allen

gefährlichen Vorhaben – schon bei dem Bau eines Kraftwerkes – die Betroffenen gefragt werden, bevor vollendete Tatsachen geschaffen sind. Eine Volksbefragung – denn betroffen sind alle – ist hier aber nicht geplant. Und daß Raketen gefährlicher als Kraftwerke sind, weiß wohl jeder.

Der vierte Punkt ist der, daß sich das Grundgesetz zum Frieden bekennt. Das setzt voraus, daß man das Völkerrecht achtet. Die NATO-Strategie nimmt jedoch einen atomaren Ersteinsatz und damit ein völkerrechtswidriges Vorgehen in Kauf. Damit darf sich keine deutsche Regierung einverstanden erklären.

LVZ: Was stellt Ihrer Auffassung nach gegenwärtig die größte Gefahr für den Weltfrieden dar?

Prof. DÄUBLER: Ich halte das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit für äußerst gefährlich. Neue Waffentechnologien wurden zwar schon immer zuerst von den USA entwickelt, das läßt sich bis zur Atom-bombe zurückverfolgen, doch hat das Tempo entscheidend zugenommen. Auch wird man schwerlich eine vernünftige Politik erwarten können, wenn Präsident Reagan die Russen in einem Interview als „gottlose Monster“ bezeichnete.

LVZ: Welche Chancen sehen Sie für den Frieden?

Prof. DÄUBLER: Es gibt eine sehr starke Friedensbewegung und eine Reihe weiterer wichtiger Faktoren, die der wahnwitzigen Rüstungsspirale Einhalt gebieten können. Wichtig ist Zusammenarbeit auch über Grenzen hinweg: die gemeinsame Sorge der Menschen in Ost und West um den Frieden gebietet das.

(Es fragte
MANFRED SCHULZE).